Stand: 15.09.2026 02:12:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/33

"Haushaltschaos verhindern, bayerische Steuerzahler schützen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/33 vom 29.11.2023
2. Beschluss des Plenums 19/61 vom 30.11.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 5 vom 30.11.2023

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.11.2023 **Drucksache 19/33**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Christoph Maier, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Jurca, Johann Müller, Markus Walbrunn, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltschaos verhindern, bayerische Steuerzahler schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung an der Gestaltung rechtssicherer und solider Haushaltsgesetze scheitert. Das daraus entstehende finanzielle Chaos betrifft leider auch den Freistaat und seine Bürger.

Der Landtag stellt zudem fest, dass auch im Freistaat von der vorherigen sowie der aktuellen Staatsregierung regelmäßig Haushaltsgrundsätze verletzt werden. So wurde in der 18. Legislaturperiode kein einziges Haushaltsgesetz vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet. Die Umwidmung von Kreditermächtigung, gleich dem rechtswidrigen Vorgehen der Bundesregierung, wurde auch im Haushaltsgesetz 2022 festgeschrieben.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass der Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 dem Landtag bisher nicht zugeleitet wurde, obwohl das Haushaltsjahr 2023 in Kürze endet.

Ausgehend von diesen Feststellungen wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen eine Umgehung der Schuldenbremse einzusetzen und gegen jegliche Art von Steuererhöhungen, um die selbst geschaffene Haushaltslücke zu kompensieren.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, unverzüglich dem Landtag einen rechtssicheren Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 zuzuleiten. Der Entwurf soll sich an der „neuen Realität“ in Bayern und Deutschland orientieren und insbesondere

– eine umfassende Reduktion der Ausgaben im Bereich der Migration,
– eine drastische Anhebung der Mittel für Abschiebungen,
– die komplette Reduktion der Ausgaben für den sogenannten Klimaschutz,
– den Ausstieg aus der Kofinanzierung bei vermeintlichen Prestigeprojekten des Bundes, wie z. B. dem 49-Euro-Ticket,
– den Ausstieg aus vermeintlichen Leuchtturmprojekten des Landes, wie z. B. der Hightech Agenda,
– die Wiederaufnahme einer substanziellen Schuldentilgung,
– bei Bedarf eine Fortführung und Aufstockung des Härtefallfonds Bayern, um den Schaden grüner Politik für Bürger und Unternehmen zu mildern,

beinhalten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Abwenden von Folgeschäden durch Haushaltspolitik des Bundes

Die von der Bundesregierung sehenden Auges in Kauf genommene Haushaltskrise wirkt sich auch auf den Freistaat aus. In seiner Regierungserklärung am Dienstag, den 28. November 2023, sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von einer „neuen Realität“, die durch das Urteil zum verfassungswidrigen Haushalt der Ampelkoalition geschaffen wurde. Dieser neuen Realität muss sich Bayern nun stellen. Dazu gehört auch, dass der Landtag Folgeschäden der Haushaltskrise für Bayern abwendet. Deshalb muss der Landtag einer Umgehung oder Aufweichung der Schuldenbremse, jeglicher Art von Steuererhöhungen, um neu entstandene Haushaltslöcher zu füllen, oder der Abschaffung der Pendlerpauschale eine unmissverständliche Absage erteilen. Der Bund kann fehlende Einnahmen jederzeit durch Ausgabenreduktionen in den Bereichen Migration und Klimaschutz kompensieren.

Grundsatz der Vorherigkeit beachten

In der 18. Legislaturperiode wurde der Grundsatz der Vorherigkeit durchgehend missachtet; kein einziges Haushaltsgesetz wurde vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet. Die 19. Legislaturperiode beginnt damit, dass einen Monat vor Jahresende dem Landtag der Entwurf des Haushaltsgesetzes nicht vorliegt. Damit verstößt sowohl die vorangegangene wie auch die aktuelle Staatsregierung gegen den Grundsatz der Vorherigkeit gemäß Art. 110 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz (GG). Auch das Bundesverfassungsgericht bestätigte in seinem jüngsten Urteil dessen herausgehobene Bedeutung: „Dieser Grundsatz zielt auf die Sicherung der Budgethoheit des Parlaments in zeitlicher Hinsicht und will insbesondere die Leitungsfunktion des Haushalts für das gesamte Haushaltsjahr gewährleisten.“ (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 15. November 2023 - 2 BvF 1/22 - , Rn. 215). Eine unverzügliche Zuleitung des Entwurfs ist daher geboten.

Einen rechtssicheren, zielgerichteten Haushalt vorlegen

Die Vorlage des Entwurfs muss nicht nur ohne weiteren Verzug erfolgen, sondern sich auch der „neuen Realität“ stellen. Es darf keinerlei weiteren Versuch der Zweckentfremdung von Kreditermächtigungen mehr geben. Zudem muss eine Neuausrichtung des Haushaltes erfolgen. Zunächst gilt es zu prüfen, ob der Härtefallfonds weitergeführt, angepasst und aufgestockt werden muss. Um endlich „im großen Stil abschieben“ zu können, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich forderte, muss Bayern seine Kapazitäten zur Abschiebung illegaler Einwanderer und abgelehnter Asylanten ausbauen. Außerdem muss der Freistaat angesichts der steigenden Verschuldung zu einer substanziellen Schuldentilgung zurückkehren. Diese Vorhaben können durch Ausgabenkürzungen in den Bereichen Migration (bspw. Zuwanderungs- und Integrationsfonds), Klimaschutz (bspw. „Klimaland Bayern), beim Landesanteil des 49-Euro-Tickets oder vermeintlichen Leuchtturmprojekten der Staatsregierung finanziert werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.11.2023 **Drucksache** 19/**61**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Christoph Maier, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Jurca, Johann Müller, Markus Walbrunn, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 19/**33**

Haushaltschaos verhindern, bayerische Steuerzahler schützen!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Andreas Winhart
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Claudia Köhler
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Volkmar Halbleib
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Dr. Harald Schwartz
Staatssekretär Martin Schöffel
Abg. Martin Böhm

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur weiteren Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltschaos verhindern, bayerische Steuerzahler schützen! (Drs. 19/33)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD-Fraktion)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Haushaltschaos in Berlin schon anklingen gehört. Wir können auch mit diesem Dringlichkeitsantrag hier im Endeffekt nahtlos weitermachen, meine Damen und Herren. Die Haushalts- und Steuerpolitik der Ampelkoalition in Berlin ist grandios gescheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

– Diesen Zustand muss man nicht beklatschen.

(Zuruf von der AfD: Eine Feststellung!)

– Richtig, das ist einfach eine Feststellung.

Meine Damen und Herren, das ist ein unglaublicher Vorgang, was hier in den letzten Wochen und Monaten schon passiert ist, wie die Ampel-Fraktionäre in Berlin den Bürgern immer unverhohlener das Geld aus der Tasche geholt haben, beim Bürgergeld wird dafür aber reichlich ausgeschüttet, auf der anderen Seite haben die Bürger aber keine Freiheit mehr, wie sie ihre Heizung betreiben wollen. Unsere Wirtschaft knirscht unter den Vorgaben, die Sie machen, meine Damen und Herren. Um den weihnachtlichen Vergleich einmal zu bemühen: Sie verbreiten in Berlin für den Steuerzahler den

Charme und die Sympathie einer weihnachtlichen Perchtengruppe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Diese Nischen- und Klientelpolitik, die Sie, meine Damen und Herren, dort oben betreiben, ist eben nicht Politik für das ganze Volk. Der Mittelstand leidet ganz massiv, die einheimische Bevölkerung leidet ganz massiv. Herr Scholz sprach jetzt von einer sogenannten neuen Realität. Eine neue Realität ist das auch für uns, wenn eine Bundesregierung den Bundeshaushalt so dermaßen versaubeutelt, dass es nicht mehr feierlich ist. Jetzt sind auch schon die ersten Forderungen nach Neuwahlen im Raum, denen wir uns natürlich vollumfänglich anschließen, meine Damen und Herren. Eines muss klar sein: Diese Neuwahlen in Berlin werden dazu führen, dass sich Herr Scholz das Ergebnis merken und keine Erinnerungslücken haben wird.

(Beifall bei der AfD)

Es knirscht auch im Gebälk der Ampel, und zwar ganz massiv.

(Florian von Brunn (SPD): Bei der AfD knirscht es auch!)

Der "BILD"-Zeitung konnte man entnehmen, dass bereits drei Minister angezählt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Sie rutschen nicht nach Berlin, Herr von Brunn, Sie nicht. Also, drei Minister in Berlin sind angezählt, beispielsweise Frau Geywitz, Bauministerin, wer kennt sie überhaupt? – Sie hat versprochen, 400.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, und zwar nicht nur für unsere Bevölkerung, sondern auch für diejenigen, die zu uns kommen. Dann haben wir den Herrn Kinderbuchautor Habeck, der jetzt Gas aus Katar kauft und damit indirekt die Hamas finanziert, der wirtschaftsfeindlich ist und das ganze Heizungs- und Stromchaos zu verantworten hat. Angezählt ist auch, man höre und staune, Christian

Lindner von der Partei, die bis vor Kurzem auch noch hier, diesen Landtag, belästigt hat.

(Beifall bei der AfD)

Da fließen beispielsweise Milliarden Euro an Intel. Und auch er ist für diesen Haushalt und das ganze Sondervermögen mit verantwortlich, meine Damen und Herren.

Ist es jetzt besser, die Schuldenbremse zu lockern? – Nein, meine Damen und Herren, die Schuldenbremse muss bleiben. Wir brauchen solide Staatsfinanzen. Wir wollen aber auch keine weiteren Belastungen für die Bürger in Deutschland, genauso wenig wie für die in Bayern. Jetzt gilt: sparen, sparen, sparen!

Sind wir in Bayern besser unterwegs, meine Damen und Herren? – Im Moment: nein. Es verzögert sich wieder einmal alles. Leider hat es sich verstetigt, dass unser Haushalt immer zu spät eingereicht wird. Deswegen fordern den Landtag auch auf, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, dass uns der Finanzminister endlich einen Haushalt vorlegt. Darüber haben wir gestern schon im Haushaltsausschuss gesprochen. Das erste Quartal 2024 ist einfach deutlich zu spät. Wir wollen Rechtssicherheit. Wir wollen einen ordentlichen Haushalt, und wir wollen ihn deutlich früher und nicht irgendwann zur Mitte des Jahres 2024. Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen auch eine Liste präsentiert, was man da aus unserer Sicht alles reinpacken kann.

In diesem Sinne, vielen herzlichen Dank fürs Zuhören. Ich freue mich jetzt auf die Debatte.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Josef Zellmeier. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal eine Feststellung zum Feststellungsantrag der AfD: Über die Frage, ob ein Haushalt, sei es im Bund oder im Land, verfassungswidrig ist, entscheidet allein die Verfassungsgerichtsbarkeit, nicht der Bayerische Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihre Feststellung im Antrag bezüglich des Bundes ist überflüssig. Da gibt es ein Urteil. Die Verfassungswidrigkeit ist festgestellt. Wir brauchen diesen ersten Passus nicht. Im zweiten Teil, wo es um Bayern geht, ist Ihre gewünschte Feststellung schlichtweg falsch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Winhart ist neu im Haushaltsausschuss. Vielleicht weiß er es nicht, oder vielleicht will er es auch nicht wissen: Wir in Bayern sind Vorbilder, wenn es darum geht, Schuldenbremsen einzuhalten, wenn es darum geht, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Bayern ist hier immer Vorreiter gewesen. Die Schuldenbremse, in Berlin wie auch in Bayern, ist das Kind der CSU. Das lassen wir uns von niemandem nehmen. Wir halten uns natürlich auch daran.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Wir haben schwierige Jahre hinter uns. Wir sind noch in schwieriger Zeit. Die Themen sind bekannt: Corona, Ukraine und jetzt Israel, Gazastreifen. Das heißt, wir sind in einer schwierigen Zeit, aber trotzdem haben wir es geschafft, Kreditermächtigungen nur zur Hälfte auszuschöpfen. Trotzdem haben wir es geschafft, schon 2022 ohne Kredite auszukommen. Wir sind auch hier Vorbild für andere. Wir würden uns wünschen, dass uns das auch andere Bundesländer, vor allem auch der Bund, nachmachen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn es etwas festzustellen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann, dass die Haushaltspolitik Bayerns ausgezeichnet ist. Dank an unseren Finanzminister, der uns

intern immer wieder mahnt und sagt: Vorsicht, hier haben wir Grenzen erreicht. – Wir tun alles, um zu investieren und gleichzeitig zu sparen. Beides ist wichtig für künftige Generationen. Und, wir haben top Rankings. Die internationalen Agenturen Standard & Poor‘s und Moody’s geben uns Bestnoten, und das schon seit vielen Jahren. Das sind unabhängige Agenturen, die uns ganz klar sagen, wo wir stehen.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Wir sind gut, und wir wollen gut sein. Es ist unser Baby, unser Kind. Darauf achten wir, und das tun wir in Kooperation mit unserem Koalitionspartner, der da gemeinsam mit uns in einer Front steht. Wir haben die höchste Investitionsquote aller Flächenländer im Westen: 14,4 %. Auch das ist einmalig. Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Bundesländer. Wir sind Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich. Deshalb klagen wir auch, weil wir mit der Systematik nicht mehr einverstanden sind. Wir haben ein hervorragendes Liquiditätsmanagement. Das habe ich vorhin bereits gesagt. Der Finanzminister hat es geschafft, die Kreditermächtigungen für 2022 in Höhe von 5,8 Milliarden Euro nicht anzutasten. Das ist doch eine herausragende Leistung.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr.Winfried Bausbauck (CSU) – Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Die AfD hat geklagt. Ich bin überzeugt, dass diese Klage zu nichts führen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haushaltstrickser sitzen in Berlin. Sie sitzen auf der linken Seite dieses Hauses. Da wurde alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. Das Urteil ist niederschmetternd für die Ampel-Regierung. Nun kann man spekulieren: War das wissentlich, oder hat man es nur billigend in Kauf genommen? – Beides ist wahrscheinlich richtig;

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

denn bei einer derartigen Koalition, wo zwei Geld ausgeben wollen, der Dritte das eher nicht will, da waren das alles Methoden, um die Schuldenbremse zu umgehen. Das ist jetzt eindeutig festgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es jetzt auch einmal: Ich bin dankbar, dass das Bundesverfassungsgericht so geurteilt hat. Wir haben erstmalig die Ausnahme von der Schuldenbremse, die erstmalige Anwendung in Corona-Zeiten gehabt. Jetzt haben wir klare Linien, was geht, was geht nicht. Wir in Bayern waren da vorsichtig, der Bund war es eben nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Deshalb müssen wir dankbar sein, dass wir jetzt klare Richtlinien haben und künftig auch stärker danach agieren können – hoffentlich auch im Bund, wobei ich nicht überzeugt bin, dass die Ampel das wirklich hinbringt.

Zum Entwurf des Doppelhaushalts: Das ist erstmalig nach den Corona-Jahren. Ein Doppelhaushalt ist zu begrüßen, das ist auch unser Wunsch gewesen. Ich halte es für richtig, dass wir bei einer Entscheidung, die für zwei Jahre Gültigkeit hat, das neue Parlament mit einbinden. Wir sagen nicht, der Haushalt hätte frühestmöglich verabschiedet werden sollen, sodass alle, die hier sind – ich glaube, ein Drittel ist neu – nicht mehr mitreden können. Das ist im Übrigen auch rechtskonform. Es ist eine Soll-Vorschrift: Der Haushalt soll noch im laufenden Jahr eingebracht werden. Aufgrund der Sondersituation, die wir haben, wird er berechtigterweise erst im nächsten Jahr eingebracht. Ich bin überzeugt, dass der Finanzminister die Einbringung künftig, in normalen Jahren, wieder im alten Haushaltsjahr durchführen wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie sehen, wir in Bayern sind hier Vorbild. Wir haben keinen Nachhilfebedarf, und schon gar nicht von der AfD. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen, weil er ein reiner Schaufensterantrag ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Claudia Köhler. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister ist gestern in den Haushaltsausschuss zu einer Art Antrittsbesuch gekommen. Da haben wir länger diskutiert, ich meine, es waren so etwa eineinhalb Stunden. Eine Fraktion war nicht vorbereitet, sie hatte auch nichts zur Debatte bzw. zur Sache beizutragen. Stattdessen liegt heute hier ein Dringlichkeitsantrag vor, der ein, wie ich finde, wirres Durcheinander von Schlagwörtern und Jahreszahlen aufweist und sich auf ein Urteil bezieht, das man anscheinend selbst gar nicht gelesen hat. Man prangert einen Haushalt 2022 an, aber in Wirklichkeit geht es um den Haushalt 2021. Man spricht von der Vorherigkeit im Urteil und erläutert dann in einem ganzen Absatz etwas völlig anderes, was gar nichts mit der Vorherigkeit zu tun hat.

Ich kann nur sagen, man kann über die Sache diskutieren. In der Demokratie muss man auch über die Sachen streiten und diskutieren. Aber so ein Durcheinander, so etwas Unsachliches! Nach dem Auftritt im Ausschuss: Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Staatsminister, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Winhart, Sie haben heute wieder einmal die falsche Rede dabeigehabt. 44 Sekunden vor Ende Ihrer Redezeit haben Sie sich dann besonnen, und Ihnen ist eingefallen, dass Sie im Bayerischen Landtag sind und etwas zum Landeshaushalt und zu diesem Antrag sagen sollten. Sie haben die Kurve gerade noch gekriegt. Aber inhaltlich war nichts Verwertbares dabei. Das gilt auch für Ihren

Antrag "Haushaltschaos verhindern, bayerische Steuerzahler schützen!" Ja, es drängt sich der Verdacht auf, dass es sich um ein Plagiat handelt – schlecht abgeschrieben von der Bundestagsfraktion. Deswegen haben Sie auch die ganze Zeit nur über den Bund geredet.

(Widerspruch bei der AfD – Lachen bei der AfD)

Es ist ganz interessant, dass der ein oder andere Punkt Ihrer Antragsbegründung tief blicken lässt. Sie schreiben davon, Migrationskosten zu senken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer ist denn der Hauptschuldige daran, dass wir momentan so hohe Kosten im Bereich Flucht und Asyl haben? Woher kommen denn die meisten Flüchtlinge? – Aus der Ukraine. Warum kommen sie hierher? – Weil Putin gegen die Ukraine Krieg führt. Wo sitzen die Freunde von Wladimir Putin? – Hier rechts außen in diesem Parlament.

(Lachen bei der AfD)

Es ist schäbig, was Sie hier treiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weiter heißt es: die Ausgaben für den "sogenannten Klimaschutz" senken. Aha. Was hätte es zur Folge, wenn wir keinen Klimaschutz mehr machten? Welcher Kontinent leidet denn am meisten unter den Folgen des Klimawandels? – Afrika. Was hat das wiederum zur Konsequenz? – Der Migrationsdruck aus Afrika wird dann steigen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist doch Quatsch!)

Ich glaube, das könnte selbst eine AfD-Fraktion mit etwas gutem Willen begreifen. Aber der gute Wille ist ja nicht vorhanden.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Afrika kümmert sich überhaupt nicht um den Klimaschutz!)

Deswegen müssen wir uns mit derartigen Anträgen befassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann geht es im Antrag munter weiter: Wir sollen kein Geld für die Hightech Agenda ausgeben. Wir sollen diesen Staat also technologisch an die Wand fahren. Wir sollen unsere weltweite Technologieführerschaft aufgeben. Jawohl, das ist verantwortliche Politik, wie sie sich die AfD vorstellt. Ich würde mir wünschen, dass derartige Pamphlete stärker in die Öffentlichkeit gelangten als diese ständige Hetze, mit der Sie auf billige Art und Weise Politik machen und Teile der Gesellschaft auf Ihre Seite ziehen und spalten wollen.

(Widerspruch bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Liebe Damen und Herren, das ist heute der Beweis dafür, dass die AfD-Fraktion nicht nur böswillig, sondern auch inkompetent ist. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ha, ha!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Ich erteile dem Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Pohl! Zunächst einmal vielen herzlichen Dank und ein großes Lob, dass Sie im Gegensatz zur Kollegin Köhler den Antrag von uns zumindest einmal gelesen und verstanden haben. Das ist schon mal gut.

Ich muss feststellen, dass Sie tatsächlich viel über Afrika und Russland gesprochen haben. Vielleicht können Sie trotzdem noch ein paar Informationen zur bayerischen

Haushaltspolitik beitragen. Ich nenne hier beispielsweise das 49-Euro-Ticket: Wollen Sie weiterhin an der Kofinanzierung festhalten? Im Endeffekt profitieren von diesem Ticket nur die Großstädter und nicht die Menschen im ländlichen Raum. Sind Sie noch eine Partei des ländlichen Raumes, oder haben Sie diese Bevölkerungsgruppe auch schon vergessen?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich sehe es als einen Lichtblick, Herr Kollege Winhart, dass Sie meine AfD-Schelte ausdrücklich unterstreichen. Ich kann Ihnen ansonsten nur mitteilen, dass wir die Frage des 49-Euro-Tickets, wie es seriöser Politik entspricht, dann diskutieren werden, wenn sie auf der Tagesordnung steht. Wir werden im kommenden Jahr – –

(Widerspruch bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ha, ha, ha!)

– Schön, dass Sie Ihren Humor noch nicht verloren haben. Wir werden im kommenden Jahr selbstverständlich seriöse Haushaltsberatungen führen. Jetzt komme ich zu dem Punkt, dass wir nach Ihrem Antrag den Haushalt schon längst hätten vorlegen sollen. Ich möchte wissen, was die Opposition gesagt hätte, wenn wir den Haushalt 2024 noch in der alten Legislaturperiode beschlossen hätten oder wenn wir jetzt innerhalb von zwei Wochen einen Haushalt zusammengezimmert hätten und im Schweinsgalopp, so wie im Bund, durch das Parlament getrieben hätten.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es! – Klaus Holetschek (CSU): Richtig!)

Das wäre eine Missachtung der Opposition. Das machen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum AfD-Antrag muss man nicht viel sagen; man muss ihn einfach ablehnen. Der AfD-Fraktion fehlen schlichtweg der finanzpolitische Ernst, die Kompetenz und die Glaubwürdigkeit, und zwar in jedem Punkt ihres Antrags. Ich möchte drei Gründe für die Ablehnung nennen:

Erstens. Wer den menschengemachten Klimawandel generell leugnet, wie die AfD-Fraktion im Landtag, für den ist es natürlich keine finanzielle Herausforderung, die Transformation und den Klimawandel zu gestalten und zu Veränderungen zu kommen, den Klimaschutz hochzuhalten und die Energieversorgung in Deutschland umzustellen. Wer den Klimawandel leugnet, der braucht für Reaktionen darauf selbstverständlich kein Geld. Das ist schon einmal der erste Fehler Ihres Antrags.

Zweitens. Wer den Umstieg vom Auto auf die Bahn als Prestigeprojekt bezeichnet, der hat keinen Blick auf die Erforderlichkeit dieses Projekts und auf die Verkehrspolitik.

Drittens. Wer alle Finanzfragen, so wie Sie, ausschließlich mit einer inhumanen Asyl- und Migrantenpolitik lösen will, dem geht es nicht um solide Finanzen, sondern um etwas ganz anderes in diesem Land. Das ist schon bei Ihrer Russlandpolitik deutlich geworden. Diese führt zu Flucht und Vertreibung aus der Ukraine. Das muss an dieser Stelle deutlich gemacht werden mit einer klaren Ablehnung Ihres Antrags.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um ein paar Worte zum Kollegen Steffen Vogel und zum geschätzten Vorsitzenden des Haushaltsausschusses zu sagen: Lieber Kollege Steffen Vogel, Sie haben an diesem Rednerpult finanzpolitische Krokodilstränen für eine Situation vergossen, die die Union auch selbst herbeigeführt hat. Das ist so. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Fragen, welche Steuersituation für die Gastronomie geschaffen wird und welche Projekte in Bayern vom Bund noch finanziert werden und wie es zukünftig überhaupt mit der Bund-Länder-Finanzierung aussehen wird. Sie können hier zwar Krokodilstränen darüber vergießen, aber Sie sind dafür schon

auch ein Stück weit selbst verantwortlich, nicht zuletzt mit Ihrer Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Ich möchte noch ein paar Dinge klarstellen. Erstens, zum Thema Bürgergeld: Nicht nur die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat diesem Bürgergeld vor Kurzem zugestimmt, sondern auch die Staatsregierung hat mit Ministerpräsident Söder als Vertretung des Freistaates Bayern im Bundesrat zugestimmt, und zwar in vollem Umfang.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Deswegen müssen Sie aufhören, diese Art und Weise der Politik zu betreiben. Die Forderung, dass die Regelsätze einfach gekürzt werden müssten, ist schon ein starkes Stück. Sie setzen sich damit über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinweg. Von der Ausgangslage her geht es um ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ich bitte, solche Polemik in diesem Landtag endlich einzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Das Thema Flüchtlinge aus der Ukraine: Natürlich hat auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – ich habe damals aus der Staatsregierung keine kritischen Worte gehört – der Eingliederung der ukrainischen Flüchtlinge ins SGB II zugestimmt. Sie haben das aus einem handfesten Grund für die Kommunen getan. Wenn nämlich das Asylbewerberleistungsgesetz maßgeblich gewesen wäre, hätten die Kommunen eine viel schwerere Finanzlast tragen müssen. Die Übernahme ins SGB II bedeutet, dass der Bund wesentlich mehr Kosten für diese Flüchtlinge übernimmt. Das sollte man redlicherweise dazusagen.

Drittens. Der Atomausstieg ist damals von Schwarz-Gelb, mit Zustimmung der CSU, beschlossen worden. Das sollten Sie auch einmal bekennen. Der Atomausstieg ist von Ihrer Partei, von der CSU beschlossen worden.

Das sind alles Krokodilstränen. Die ganzen Falschbezeichnungen sollten wir doch bleiben lassen. Stattdessen sollten wir mal über die eigene finanzpolitische Situation in Bayern reden. Es ist nämlich durchaus so, dass auch im Haushalt des Freistaates Bayern genau das gemacht wurde, was man dem Bund vorwirft und wo das Bundesverfassungsgericht eine orientierende Entscheidung von ganz maßgeblicher Tragweite gegeben hat. Auch im bayerischen Staatshaushalt sind Kreditermächtigungen vorgesehen aufgrund der Corona-Pandemie, aufgrund der Notlage. Sie sollen aber nach dem Haushaltsplan nicht für die Notlagen verwendet werden, sondern für Investitionen. Das ist das gleiche Prinzip, das auf Bundesebene kritisiert worden ist. Sie praktizieren das. Natürlich können wir nicht abschließend entscheiden, ob das verfassungswidrig ist. Es spricht aber sehr viel dafür. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hat diese Art der Kreditermächtigungen stark kritisiert. Lesen Sie es vielleicht nach, bevor Sie immer mit dem Finger auf den Bund zeigen. Die, die ihre haushaltspolitischen Hausaufgaben machen, können das dann tun. Aber auch im Freistaat Bayern sind da leider viele Dinge offengeblieben.

Abschließend: Wir haben eine Fortsetzung der Regierungskoalition zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU. Wir haben am 08.11. die Staatsregierung hier vereidigt. Ich finde schon, dass in einer solchen Situation der Haushalt noch im alten Jahr hätte vorgelegt werden müssen. Es wäre sinnvoll gewesen, sich dieser Pflicht zu stellen. Wir werden keinen Doppelhaushalt bekommen, sondern einen Eineinhalb-Jahre-Haushalt. Wir werden viele Projekte in Bayern im ersten Halbjahr nicht finanzieren können, weil Sie den Haushaltsplan erst so spät vorlegen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte kurz am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Harald Schwartz vor. – Geht das Mikro nicht? Dann laut ohne Mikro. Bitte Ruhe im Raum!

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Halbleib, Sie haben das Bürgergeld angesprochen. Sind Sie der Ansicht, dass es richtig ist, diesen Rechtskreis selbst zu projizieren? Dagegen hat die Union gestimmt. Und sind Sie der Ansicht, dass es richtig ist, das Geld zu erhöhen? Das waren zwei Punkte, auf die sich der Vorredner Steffen Vogel zu Recht bezogen hat. Die Union hat gegen beides gestimmt.

Volkmar Halbleib (SPD): Zunächst mal habe ich erläutert – das sollten Sie auch anerkennen –, warum er das macht, nämlich zum Schutz auch der bayerischen Kommunen. Wenn Sie das Argument negieren, dann erklären Sie den 2.200 bayerischen Kommunen, den Landkreisen und kreisfreien Städten doch mal, dass Sie für eine stärkere Belastung der bayerischen Kommunen wären.

(Widerspruch des Abgeordneten Alexander Hold (FREIE WÄHLER))

Das ist nämlich der eigentliche Hintergrund des Rechtskreiswechsels.

Der zweite Punkt, die Erhöhung, beruht auf einer Systematik, die das Bundesverfassungsgericht dem Bundestag und auch der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben hat. Das steht eins zu eins in dem Gesetz, dem die Union im Bundestag zugestimmt hat und dem auch der Bayerische Ministerpräsident zugestimmt hat. Das steht eins zu eins drin; das wird nur von der Bundesregierung vollzogen. Die Frage hätten Sie sich also selbst beantworten können. Seien Sie endlich mal ehrlich mit sich selbst und hören Sie auf, in diesem Bayerischen Landtag und im Deutschen Bundestag solche Marschrouten zu fahren angesichts einer Situation, für die Sie selber ein Stück weit die Verantwortung tragen und für die es ganz gute Gründe gibt!

Abschließend: Ich bin klar dafür, dass das Lohnabstandsgebot maßgeblich ist und dass der Grundsatz des "Forderns und Förderns" weiter maßgeblich ist.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): Mit Ihrer Debatte werden Sie dem allem nicht gerecht! – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Staatssekretär Martin Schöffel. Bitte, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit dem es den Nachtragshaushalt der Bundesregierung für verfassungswidrig erklärt hat, war ein Paukenschlag und ein Denkzettel für diese Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man kann im Rückblick sagen: In den Haushalten 2021, 2022 und 2023 wurde in Berlin getrickst. Da jetzt Verbindungen und Parallelen zum bayerischen Haushalt herzustellen, verbietet sich in jeglicher Weise.

(Lachen bei der SPD)

Das muss man auch zum Antrag der AfD in aller Deutlichkeit sagen. Der Kollege Zellmeier hat darauf hingewiesen, wie bei uns der Haushaltsvollzug im Jahr 2022 war. Es war vorsorgend, hier auch Kreditermächtigungen vorzusehen. Sie sind aber tatsächlich nicht in Anspruch genommen worden, weil der Haushalt sich entsprechend entwickelt hat.

Deswegen kann man ganz klar sagen: Der Haushaltsvollzug im Jahr 2022 war bei uns mit den vorgesehenen Maßnahmen – Investitionsprogramm, Hightech Agenda Plus – definitiv nicht verfassungswidrig. Unser Haushalt war vorsorgend, verantwortungsvoll und im Vollzug verfassungskonform. Deswegen mein Respekt für und mein Dank an unseren Finanzminister Albert Füracker, der heute in Berlin ist in entsprechenden Be-

ratungen und dafür gesorgt hat, dass dieses Urteil bei uns auf den Haushalt 2022 und den Haushalt 2023 keinerlei Auswirkungen hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist stabil. Wir gehen sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler um. Wir werden auch in Zukunft unsere Haushalte solide, nachhaltig und generationengerecht gestalten. Anders als der Bund betreibt der Freistaat eben eine solide und weitsichtige Haushaltspolitik, und das seit vielen Jahren. Auch darauf hat der Kollege Zellmeier schon hingewiesen: Seit 2006 Haushalte ohne neue Schulden, echte Notlagen wie die Corona-Krise natürlich ausgenommen.

Aber auch das ist wichtig: Von den vom Landtag in Krisenzeiten bewilligten Kreditermächtigungen in Höhe von 20 Milliarden Euro wurden lediglich 10,2 Milliarden Euro tatsächlich als Schulden aufgenommen. Wir kommen im Jahr 2023 ohne neue Schulden aus. Auch 2023 haben wir keinerlei notlagenbedingte Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2022 mit herübergenommen, genau das, was die Ampel in Berlin fehlerhaft gemacht hat. Wir sehen derzeit auch für den nächsten Doppelhaushalt die tatbestandsmäßige Voraussetzung für Ausnahmen von der Schuldenbremse nicht. Es ist auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass eine Umgehung der Schuldenbremse von dieser Koalition ganz klar abgelehnt wird. Deswegen wird auch der neue Doppelhaushalt solide, generationengerecht und verfassungskonform sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich vermisse bei der Ampel in Berlin ganz klar Bemühungen, sich an das Grundgesetz zu halten und die Schuldenbremse einzuhalten. Das wird nicht gemacht. Stattdessen gibt es unzählige Ideen, wie man die Schuldenbremse umgehen kann.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ein Benehmen!)

Das führt zu neuen Schulden und zu höheren Belastungen für die zukünftigen Generationen. In den letzten Jahren sind völlig falsche Weichenstellungen vorgenommen

worden. Das wird künftige Generationen belasten. Wir wollen für die nächste Generation Chancen statt Schulden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da komme ich zufällig zu den aus dem Ruder gelaufenen Sozialleistungen wie dem Bürgergeld.

(Florian von Brunn (SPD): Dem Sie zugestimmt haben! Im Bundestag und im Bundesrat!)

Das ist umfassend dargestellt worden. Der Kollege Vogel hat völlig richtig dargestellt, welche Auswirkungen das hat. Die Einführung des Bürgergelds ist das eine, aber die ständigen Erhöhungen, die Sie jetzt vornehmen und weiter vorsehen, sind ein schwerer Fehler. Darauf hat der Kollege Vogel deutlich hingewiesen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen, Herr Kollege Halbleib: Da Sie darauf hinweisen, die Einführung des Bürgergelds für Ukraine-Flüchtlinge sei ein Vorteil für die bayerischen Kommunen, will ich Ihnen sagen: Alle Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ersetzt der Freistaat Bayern den Kommunen in Bayern zu 100 %. Das macht kein anderes Bundesland. Wir lassen unsere Kommunen eben nicht allein! Wir geben ihnen das Geld zurück.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist ganz klar: Wir brauchen weniger Zuwanderung, weniger Pull-Faktoren. Die Bundesregierung muss alles daransetzen, dass weniger Menschen illegal nach Deutschland einreisen. Das ist die Verantwortung der Bundesregierung – nicht die Ausweitung des Bürgergelds.

Die Ampel hat meines Erachtens überhaupt kein Gespür für Krisen. Vor über einem Jahr hat jeder darauf hingewiesen, dass wir aufgrund der Energiepolitik in echte Notlagen kommen werden: Lieferung von Gas unterbrochen, entsprechende Auswirkungen

auch auf den Strompreis. Dass Sie in dieser Situation die Anerkennung einer Notlage abgelehnt haben – Herr Lindner hat gesagt, es gibt 2022 und 2023 keine Notlage – war das eine. Das Zweite war die Abschaltung der Atomkraftwerke. Das hat die Sache zusätzlich erschwert. Wahrscheinlich – das vermute ich – gibt es einen Zusammenhang.Man wollte diese Notlage aus energiepolitischen Gründen nicht erklären, weil Sie unbedingt die AKWs abschalten wollten. Das hat dazu geführt, dass Deutschland energiepolitisch weitere Probleme bekommen hat, dass wir höhere Strompreise haben und dass wir höhere Belastungen für die Wirtschaft haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist eine Lüge!)

Heute stehen Sie vor einem Scherbenhaufen und müssen Ende 2023 erklären, dass es in diesem Jahr doch eine energiepolitische Notlage gab. Sie können es nicht, und deswegen sollten Sie den Weg für Neuwahlen frei machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt noch einmal zur Politik der AfD, weil es dringend notwendig ist: Ich will nur ganz klar erklären, die wirtschaftspolitische Kompetenz bei der AfD ist gleich null. Die AfD ist in mehrfacher Hinsicht ein Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und auch für den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Beifall bei der CSU – Wolfgang Fackler (CSU): Bravo! Sehr gut!)

Das Ende der EU zu propagieren und zu sagen, diese EU muss sterben,

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

wie Ihr großer Vorsitzender erklärt, ist der erste schwere Fehler. Bayern ist ein Exportland. Wir haben pro Monat Exportleistungen in einer Größenordnung von 20 Milliarden Euro. Wir haben in diesem Jahr starke Zuwächse im Export. Neben den USA und China sind unsere wichtigsten Exportländer Länder der Europäischen Union. Wer

gegen den Binnenmarkt Stimmung macht und nicht dafür kämpft, dass er auch in Zukunft erhalten bleibt, schadet der bayerischen Wirtschaft in besonderer Weise. Das muss an dieser Stelle deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann steht in diesem Antrag, aus der Hightech Agenda solle ausgestiegen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da geht es um absolute Zukunftsthemen. Das, was diese Staatsregierung auf den Weg gebracht hat, ist einmalig in ganz Europa. Wer gegen neue Projekte der Künstlichen Intelligenz Stimmung macht, wer gegen den Ausbau der Hochschulen und gegen die Unterstützung des Mittelstandes bei der digitalen Transformation ist, wer diese Maßnahmen infrage stellt und sie kaputt machen will, versündigt sich an der Jugend, versündigt sich an der Zukunft und schadet Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt wird es einen neuen Doppelhaushalt für 2024 und 2025 geben.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Einen Doppel-Wumms!)

Dieser Doppelhaushalt wird ordentlich beraten. Ich halte es für richtig, dass die neu im Amt befindlichen Ministerinnen und Minister jetzt in Chefgespräche einsteigen. Das Kabinett wird den Haushalt im Januar beschließen. Aus Respekt vor dem Hohen Haus mit einem Drittel neuer Abgeordneter sollen Sie alle die Möglichkeit haben, diesen Haushalt, der dann für zwei Jahre gilt, im Haushaltsauschuss und im Landtag ordentlich zu beraten. Das ist ein Gebot in der Zusammenarbeit von Staatsregierung und Haushaltsgesetzgeber. Der Fahrplan steht fest. Der Beschluss über den Regierungsentwurf soll im neuen Jahr so schnell wie möglich gefasst werden. Die Erste Lesung streben wir noch im ersten Quartal an. Das Schlussplenum soll dann noch in der ersten Jahreshälfte 2024 stattfinden.

Ich darf Ihnen versichern: Wir werden einen Haushaltsentwurf auf einer finanzpolitisch soliden Basis aufstellen, der die Weichen für die Bewältigung der vor uns liegenden Zukunftsaufgaben zur Sicherung unseres Wohlstandes richtig stellt und der dem Freistaat Bayern seinen Spitzenplatz als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sichert. Hierzu werden wir an die Erfolge der zurückliegenden Legislaturperiode anknüpfen und wichtige Zukunftsprojekte, wie zum Beispiel die Hightech Agenda, sicherstellen, um Bayern in eine gute Zukunft zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Mir liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zuerst erteile ich dem Kollegen Martin Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Schöffel, meinen Ausführungen will ich eines voranstellen: Meines Wissens ist unsere Fraktion prozentual mit den meisten Mitgliedern hier im Hohen Haus gesegnet, die Wirtschaftswissenschaften studiert haben. Oft ist es auch eine Frage der Sichtweise, welchen Blickwinkel man einnimmt. Ihr Blickwinkel ist mit Sicherheit nicht der richtige.

Jetzt aber zur Sache: Natürlich hängt das Haushaltschaos der Ampel-Abriss-Truppe in Berlin direkt mit unserem bayerischen Haushalt zusammen. Schließlich müssen Mittel, die von dort nicht kommen, hier substituiert werden. Herr Aiwanger hat es ganz deutlich gesagt. Sinngemäß hat er gesagt, er wisse noch nicht, an welcher Stelle das Geld fehlen wird, aber er wisse, dass es Milliarden sind, die fehlen. Ich erwarte von dem Hohen Haus und von Ihnen, der die Regierung tragenden Koalition, dass wir noch in diesem Jahr darüber reden, wie der Haushalt so stabilisiert werden kann, dass die Mittel, die erwartbar aus Berlin fehlen, hier in Bayern kompensiert werden können. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Kollege Böhm, wir werden den Haushaltsvollzug 2023 ganz ordentlich durchführen. Das werden Sie sehen. Und wir werden dann in ein geordnetes Haushaltsverfahren für den Doppelhaushalt 2024/2025 einsteigen. Natürlich muss der Bund Klarheit darüber schaffen, was in den verschiedenen Bereichen tatsächlich auf die Länder und die Kommunen zukommt. Ich kann nur davor warnen, aufgrund des Haushaltschaos in Berlin die Länder und die Kommunen noch stärker zu belasten.

Zu Ihrem ersten Satz kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe Respekt vor jedem, der ein Hochschulstudium hat. Ich habe auch eines. An Ihrer Äußerung sieht man aber: Allein ein Studium reicht nicht, es kommt auch auf die praktische Erfahrung und das politische Gespür im Hinblick auf die Menschen an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Jetzt erteile ich dem Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Schöffel, erst einmal bedanke ich mich für die Bestätigung, dass die Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge im Asylbewerberleistungsgesetz zu erheblich höheren Belastungen der bayerischen Kommunen und letztendlich auch des Freistaates Bayern beigetragen hätte. Danke schön für diese Bestätigung. Ich war mir nicht ganz sicher – das ist meine erste Frage –, ob Sie mit Ihrem Redebeitrag für eine Rückführung der ukrainischen Flüchtlinge plädiert haben. Das hat so geklungen, weil es in unmittelbarem Zusammenhang stand. Vielleicht können Sie klarstellen, wie Sie dazu stehen.

Zweitens: Können Sie uns sagen, ob Sie, von diesem Wahljahr abgesehen, den nächsten Nachtragshaushalt und dann auch den nächsten Doppelhaushalt wieder nach den Vorschriften der Bayerischen Haushaltsordnung vorlegen werden, also um den 30.09. herum?

Vielleicht noch eine weitere Frage dazu, was Ihre interne verfassungsrechtliche Prüfung des Haushalts 2022 veranlasst hat. Der Finanzminister und Sie haben sich zum Vollzug des Haushaltsplans geäußert. Maßgeblich für eine verfassungsrechtliche Überprüfung sind aber der Haushaltsplan und das Haushaltsgesetz selbst. Darin stehen nämlich Kreditermächtigungen, die nicht für Notlagen, sondern für Investitionen genutzt werden.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Dazu hätte ich gerne Auskunft von Ihnen.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Kollege Halbleib, alles das, was Sie gefragt haben, war schon beantwortet. Zu den Kreditermächtigungen im Jahr 2022 und der Tatsache, dass Sie nicht in Anspruch genommen worden sind: Der Vollzug war mit der Bayerischen Verfassung im Einklang. Eines ist aber sehr wichtig, und dazu muss ich diese 40 Sekunden nutzen. Ich habe darauf hingewiesen, dass Personen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingestuft sind, für die Kommunen bei der Unterbringung keine unmittelbaren Belastungen verursachen, weil diese Kosten der Freistaat Bayern trägt. Und zum Bürgergeld für ukrainische Flüchtlinge kann ich nur sagen: Es ist ein schwerer Fehler, dieses Bürgergeld bedingungslos zur Verfügung zu stellen und keinerlei Vermögensprüfungen vorzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

In anderen Ländern der EU versucht man, die Menschen in Arbeit zu bringen, und gewährt keine hohen Sozialleistungen. Das hier ist grundsätzlich falsch. Das haben Sie in dieser Bundesregierung zu verantworten, und das gehört anders gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt mir noch eine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Fraktion der GRÜNEN vor. – Ich erteile der Kollegin Claudia Köhler das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, im Mai 2020 haben Sie mit dem Nachtragshaushaltsgesetz rückwirkend für 2019 die Verschuldung um 200 Millionen Euro erhöht. Nach dem aktuellen Verfassungsgerichtsurteil ist damit der Grundsatz der Vorherigkeit eindeutig verletzt. Wie sehen Sie das?

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Liebe Frau Kollegin Köhler, Sie waren doch damals im Haushaltsausschuss, und Sie haben diese Maßnahmen umfangreich mitberaten. Ich sehe durch diesen Nachtragshaushalt in keiner Weise die Verfassung verletzt. Sie haben dagegen auch nicht geklagt. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel, und es wird im Rahmen einer Zwischenbemerkung mit Sicherheit nicht anders werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/33 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist Fraktion der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Enthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.